Contre-résolution de Patrick Baur à la résolution de la Coordination du GSsA « Pour une Suisse humanitaire et Solidaire »
À l'attention de l'Assemblée générale du GSsA 2025

Für eine humanitäre und solidarische Schweiz

Resolution zuhanden der Vollversammlung der GSoA vom 11. Mai 2025

Die Schweiz rühmt sich ihrer humanitären Traditionen. Dabei hat sie noch an fast allen Kriegen mitverdient. Auch heute floriert der Kriegsmaterialexport besser, als Lobbyisten und Medien uns glauben machen wollen, und selbst die Nationalbank sieht keine Probleme darin, in die Produktion von Atombomben zu investieren.

In der Schweiz entstand tatsächlich auch Humanitäres, beispielsweise die Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung oder das internationale Genf. Und die Schweiz hat als neutrales Land vielerorts Positives geleistet, beispielsweise im Rahmen der Guten Dienste für die Friedensförderung.

Aber im Fall der bewaffneten Konflikte in der Ukraine und im Gazastreifen spielt die Schweiz eine problematische Rolle. Indem sie sich im Stellvertreterkrieg in der Ukraine auf die Seite der NATO geschlagen hat und sich an Sanktionen beteiligt, die von vielen Ländern des globalen Südens nicht mitgetragen werden, weckt sie im Ausland Zweifel an ihrer Neutralität. Die durch die Sanktionen ausgelösten Preissteigerungen haben darüber hinaus viele an diesem Krieg nicht beteiligte wirtschaftlich schlecht gestellte Menschen durch Preissteigerungen in Bedrängnis gebracht.

Auch im Gazakrieg haben Bundesrat und Parlament die Chance verpasst, unzweideutig für Menschlichkeit und Gewaltfreiheit einzustehen. Stattdessen wurde sich zeitweilig durch Angriffe auf die UNRWA mit einer Regierung gemeingemacht, die im begründeten Verdacht steht, einen Völkermord zu begehen. Die Glaubwürdigkeit der Schweiz als neutraler Staat wurde dadurch weiter geschwächt. Ist das Leben eines Menschen in Donezk weniger wert als das Leben eines Menschen in Kiew? Ist das Leben eines Menschen im Gazastreifen weniger wert als das Leben eines Menschen in Israel?

In der gegenwärtigen instabilen Weltlage glauben Bundesrat und Parlament, die Sicherheit der Schweiz durch Rüstung gewährleisten zu können. Die Waffenproduzenten reiben sich die Hände, während das solidarische Engagement der Schweiz durch Sparmassnahmen auf Kosten der Entwicklungspolitik behindert wird.

Die Entwicklungszusammenarbeit - kein Kahlschlag für unsinnige Aufrüstung

Als wäre der unsinnige, zweck- und planlose Ausbau des Armeebudgets nicht ohnehin verheerend, hat der Nationalrat bereits in der Wintersession 2024 beschlossen, das Budget der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zugunsten der Aufrüstung massiv zu stutzen. Das Geld wird somit genau am falschen Ort gekürzt: Die Entwicklungszusammenarbeit ist ein, wenn nicht sogar der Hebel, über welchen die Schweiz als wohlhabendes Land ihre globale Verantwortung wahrnehmen und zur internationalen Sicherheit beitragen kann. Das System der internationalen Zusammenarbeit ist durch den weltweiten Aufstieg des Isolationismus genug unter Druck: Die Schweiz muss einen Gegenpol dazu bilden.

Das Atomwaffenverbot - ein wichtiger Schritt für nukleare Abrüstung und ein Bekenntnis zum humanitären Völkerrecht

Dass sich der Bundesrat noch immer weigert, dem wichtigsten Abrüstungsvertrag unserer Zeit – dem Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) – beizutreten, ist eine Schande. Der Bundesrat kehrt der massgebendsten Abrüstungsbestrebung unseres Lebens den Rücken – und das im achtzigsten Jahr von Hiroshima und Nagasaki. Doch damit nicht genug: Indem er den Vertrag dem Parlament nicht zur Ratifikation unterbreitet, schwächt er die völkerrechtliche Ordnung als Ganzes. Soft Law wird so nach und nach zu Weak Law.

Die *bewaffnete* Neutralität - ein Irrweg

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs hat die SVP eine Initiative gestartet, mit der die „bewaffnete Neutralität“ in der Bundesverfassung festgeschrieben werden soll. Diese Begeisterung für Kriegsmaterial mag die Aktionär*innen von Rheinmetall & Co. freuen. Sie trägt indessen nicht dazu bei, die Welt zu einem sichereren Ort zu machen.

Unsere Forderungen

Damit die Schweiz ihre Stellung auf der Weltbühne glaubwürdig für die Förderung des Friedens nutzen kann, braucht es aus unserer Sicht:

1. Ein vollständiges schweizerisches Verbot des Exports von Kriegsmaterial
2. Einen Beitritt der Schweiz zum TPNW
3. Eine Stärkung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit
4. Eine Beteiligung der Schweiz an Sanktionen ausschliesslich dann, wenn die Schweiz als Mitglied der UNO dazu verpflichtet ist, mit Regelungen zur Verhinderung von Umgehungsgeschäften im Fall nicht verpflichtender Sanktionen
5. Eine Beteiligung der Schweiz an der von Südafrika beim Internationalen Gerichtshof eingereichten Klage gegen Israel
6. Einen Austritt der Schweiz aus der European Sky Shield Initiative